

Resolution

der Delegiertenversammlung der IG Metall Verwaltungsstelle Salzgitter-Peine

Die Delegiertenversammlung der IG Metall Verwaltungsstelle Salzgitter-Peine hat sich am 21. Juni 2010 mit dem Sparpaket der Bundesregierung beschäftigt.

Wir unterstützen die scharfe Kritik der IG Metall am Sparpaket der Bundesregierung und teilen die Einschätzung unseres Vorsitzenden. "Die Kürzungsbeschlüsse der Koalition sind ungerecht und nicht geeignet, die Krise zu bekämpfen", sagte der Erste Vorsitzende der IG Metall, Berthold Huber, auf der Sitzung des Beirats. „Die Koalitionsbeschlüsse sind sozial unausgewogen und verletzen zutiefst das Gerechtigkeitsempfinden der Menschen.“

"Gegen eine solche Politik werden wir uns wehren", kündigte der IG Metall-Vorsitzende an.

Die Delegiertenversammlung stellt hierzu allerdings fest, dass Ankündigungen in einer Presseerklärung nicht ausreichen. Auch die für November geplanten regionalen Veranstaltungen sind aus unserer Sicht zu spät und zu wenig.

Dieses Sparpaket ist in weiten Teilen der deutschen Öffentlichkeit auf massive Kritik gestoßen. Nicht nur die Gewerkschaften, sondern auch die Kirchen, attac, die Medien, die Opposition und die Sozialverbände kritisieren das Sparpaket als unausgewogen, ungerecht und unsozial. Die Kritik reicht bis in die Reihen der Regierungskoalition.

Wenn wir den Widerstand gegen diese ungerechte Politik erfolgreich führen wollen, müssen sich die Gewerkschaften im Interesse ihrer Mitglieder an die Spitze des Widerstands stellen. Eine einzelne Aktion wird nicht ausreichen, wenn wir das Sparpaket in dieser Form verhindern wollen.

Wir fordern daher den Vorstand der IG Metall auf, noch vor der Sommerpause, für die IG Metall ein Gesamtkonzept mit mehreren Eskalationsstufen zu erstellen und dafür auch im DGB bei den anderen Einzelgewerkschaften zu werben. Zur besseren Mobilisierung, sollte dieses Konzept mit der Rente mit 67 und der anstehenden Bestandsüberprüfungsklausel verbunden werden.

In diesem Konzept muss direkt nach der Sommerpause mit betrieblichen und örtlichen Aktionen und Aktivitäten bis hin zu Protestveranstaltungen während der Arbeitszeit begonnen werden. Dabei sollte darauf geachtet werden, dass alle Bündnispartner bis hin zu den von der Regierungspolitik gebeutelten Kommunen mit einbezogen werden.

Diese regionalen Aktionen sollen für eine breite Aufmerksamkeit und Öffentlichkeitsarbeit sowie für die Mobilisierung der weiteren für den Herbst geplanten dezentralen Aktivitäten genutzt werden. Allerdings werden diese nicht ausreichen und eine weitere Eskalationsstufe in Form einer zentralen Demonstration mit allen Bündnispartnern muss hierbei mit eingeplant werden.